

## **Den Koalitionsvertrag in Berlin hat Seehofer als CSU-Vorsitzender unterschrieben. Als Ministerpräsident des Freistaats Bayern hätte er dies niemals tun dürfen.**

In Berlin verteilt Schwarzgelb Geschenke an die Lobby, vom Steuerberater bis zum Apotheker. In Bayern verscherbelt es das Tafelsilber. Die Steuergeschenke für finanzstarke Unternehmer und Besserverdienende werden von den Schwachen und den Armen, auch hier in Bayern, bezahlt.

Der Koalitionsvertrag von Schwarzgelb in Berlin ist ein Schuldenvertrag. Die SPD steht nicht zur Verfügung für ein Streichkonzert im Sozial- und Bildungshaushalt.

Auszüge aus der Rede von Markus Rinderspachger, MdL,  
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion,  
zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Seehofer  
über die Konsequenzen der Berliner Koalitionsvertrags für Bayern

11. November 2009

Herr Ministerpräsident, eine solide Finanzpolitik, Bewahrung der natürlichen Ressourcen, wertgebundene soziale Marktwirtschaft - kommt Ihnen das bekannt vor? Das hatten Sie den Menschen in Bayern in Ihrer Regierungserklärung vom 10. Dezember 2008 versprochen.

An diesen Leitlinien wollten Sie die politischen Prioritäten und tagtäglichen Einzelentscheidungen orientieren. Das liegt nun fast auf den Tag genau elf Monate zurück. Heute ist noch ein weiteres Mal deutlich geworden: Nichts, aber wirklich nichts von alledem berücksichtigen Sie in Ihrer Politik seit Ihrem Amtsantritt. Deutlich ist heute wieder einmal geworden: Ihre Finanzpolitik ist unsolide, unstet und unseriös.

Natürliche Ressourcen stehen zur Disposition, und das Wertgebundene an der sozialen Marktwirtschaft wird im Koalitionsvertrag geradezu ausgeklammert. Es wird deutlich: Die neue Politik von Schwarz-Gelb in Berlin erschüttert die föderale Finanzordnung in ihren Grundfesten. Verfassungsrechtliche Zweifel sind angebracht. Wenn Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Böhmer, von der CDU und somit ein Unionskollege, eine Verfassungsklage erwägt, dann

zwingt er damit zuvorderst seinen bayerischen Kollegen Horst Seehofer auf die Anklagebank. Dieser Vorwurf gegen einen Landesvater wiegt nun wirklich besonders schwer. Der Vorwurf lautet: Politik wider die Interessen der Bürgerinnen und Bürger seines Landes. Herr Seehofer, Sie haben den Koalitionsvertrag als CSU-Vorsitzender unterschrieben. Als Ministerpräsident des Freistaates Bayern hätten Sie dieses Dokument niemals paraphieren dürfen.

Da dachten wir: Der bayerische Steuerzahler steht für die Misswirtschaft der Landesbank gerade. Er steht für die Spielkasino mentalität ihrer Manager gerade; er steht für die mangelnde Aufsicht von CSU-Politikern im Verwaltungsrat gerade. 10 Milliarden Schulden musste Bayern deshalb im vergangenen Jahr aufnehmen. Über 800 Euro neue Verbindlichkeiten waren das auf einen Schlag für jeden Bayern, vom Kleinkind bis hin zum Senior.

### Schwarzgelb türmt Schuldenberge für den Freistaat Bayern und seine Gemeinden auf.

Die Krise der Landesbank ist noch nicht vorüber. Auf Antrag meiner Fraktion wird ein neuer Untersuchungsausschuss eingerichtet. Es geht um die Frage, ob es beim Kauf der Hypo Alpe Adria mit rechten Dingen zugeht. Der Staatsanwalt ermittelt wegen Verdachts der Untreue. Womöglich wurde ein um 400 Millionen Euro überbezahlter Kaufpreis für ein Abenteuer am Balkan gezahlt. Gestern erreichte uns die Nachricht: Die BayernLB stellt sich für dieses Jahr auf einen Verlust von mehr als einer Milliarde Euro ein.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede heute die Probleme der Landesbank ausgeklammert. Insofern war Ihre Regierungserklärung nichts anderes als Verlautbarungspolitik. Gegenwärtig streifen Sie nur dieses zentrale Problem in Bayern. Das müssen die Mitglieder des Hohen Hauses und die Menschen in Bayern fast schon als eine bewusste Missachtung verstehen.

Doch damit nicht genug: Schwarz-gelb türmt weitere Schuldenberge für den Freistaat Bayern und seine Gemeinden auf. Sie werden von den nächsten Generationen abgetragen werden müssen.

Für den Schuldenberg von 32.600 Millionen Euro müssen jährlich aus dem Staatshaushalt Zinsen in Höhe von 1,4 Milliarden Euro bezahlt werden, davon 400 Millionen Zinsen Jahr für Jahr für die abgewendete Pleite der BayernLB.

Jene Zinszahlungen werden 2010 über Schulden bezahlt, kündigt der Finanzminister an – das Ende vom Märchen eines ausgeglichenen Haushalts in Bayern, entgegen ihrer nicht haltbaren Beteuerungen in Ihrer Regierungserklärung. Herr Fahrenschon, vielleicht sollten Sie in den nächsten Tagen Ihren Ministerpräsidenten mal darüber informieren, dass Sie eine Kreditermächtigung in den Nachtragshaushalt aufnehmen möchten.

Damit nicht genug. Schwarz-Gelb türmt weitere Schuldenberge für den Freistaat Bayern und seine Gemeinden auf. Sie werden von den nächsten Generationen abgetragen werden müssen. Für den Schuldenberg von 32.600 Millionen Euro müssen jährlich aus dem Staatshaushalt Zinsen in Höhe von 1,4 Milliarden bezahlt werden, davon 400 Millionen Zinsen Jahr für Jahr für die abgewendete Pleite der BayernLB. Jene Zinszahlungen werden 2010 über Schulden bezahlt, kündigte gestern der Finanzminister gegenüber den Medien an. Das ist das Ende des Märchens vom ausgeglichenen Haushalt in Bayern entgegen Ihren nicht haltbaren Beteuerungen in Ihrer Regierungserklärung.

Herr Finanzminister, vielleicht sollten Sie uns heute einmal darüber informieren, wie es denn eigentlich aussieht. Planen Sie die Kreditermächtigung für den Nachtragshaushalt, wie Sie es gestern gegenüber den Medien angekündigt haben, oder wollen Sie keine neuen Schulden aufnehmen? Wie sieht es denn nun aus?

Da erfahren wir nun aus einer aktuellen Meldung einer Agentur um 14.28 Uhr, Sie seien noch einmal in die Zahlen eingetaucht. Sie sind heute vor dieser Sitzung noch einmal in die Zahlen eingetaucht. Gestern sagten Sie noch, wir brauchen eine Kreditermächtigung. Heute, ausgerechnet vor der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten hier im Hohen Hause, tauchen Sie noch einmal in die Zahlen ein und sagen: Nein, wir brauchen keine Schulden zu machen. Meine Damen und Herren, genau das ist symptomatisch für die unstete Finanzpolitik der Bayerischen Staatsregierung.

## Die Steuergeschenke für Besserverdienende werden von den Schwachen auch hier in Bayern bezahlt.

Als würde das Geld nicht schon an allen Ecken und Enden fehlen, schneidet Schwarz-Gelb nun mit Steuergeschenken weitere Löcher in die ohnehin schon dünne Finanzdecke des Freistaats Bayern und seiner Gemeinden. Ich sage, damit kein Missverständnis aufkommt, auch wir Sozialdemokraten plädieren für Entlastungen mit Augenmaß. So hat die Große Koalition die verbesserte steuerliche Absetzbarkeit der Kranken- und Pflegeversicherung und die Anhebung des Grundfreibetrags beschlossen. Das war richtig.

Es ist auch richtig, Herr Ministerpräsident, dass wir konjunkturelle Impulse brauchen. Es war regelrecht wohltuend zu hören, wie Sie deutlich gemacht haben, dass die auf den Weg gebrachten Konjunkturpakete sozial-demokratische Handschrift tragen. Das haben wir gemeinsam gemacht, und all das war richtig.

Von den jetzt geplanten Steuersenkungen gehen aber keine Impulse für mehr Wachstum aus. Sie tragen weder dazu bei, den Konsum zu stabilisieren, noch führen sie zusätzliche Investitionen herbei, im Gegenteil: Sie schwächen die Investitionskraft von Bund, Ländern und Gemeinden. In Berlin verteilt Schwarz-Gelb Geschenke an die Lobby, vom Steuerberater angefangen bis hin zum Apotheker. In Bayern verscherbelt Schwarz-Gelb das Tafelsilber. Da will die FDP nun Anteile des Freistaats am Energieversorger Eon verkaufen, um die Haushaltslöcher zu stopfen. Die letzten Vermögensbeteiligungen sollen womöglich verkauft werden, und das in Zeiten niedriger Aktienkurse. Meine Damen und Herren, das ist blanker Aktionismus. Auch hier erkennt man: Die Haushaltslage ist so schlecht wie noch nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte Bayerns. Eine nachhaltige Finanzpolitik sieht nun wirklich anders aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich füge als einer der Jüngeren hier im Hause hinzu: Mich stimmt es nachdenklich, wenn politisches Handeln nur im Hier und Jetzt verankert ist, wenn ohne Rücksicht auf das Morgen und das Übermorgen Entscheidungen mit weitreichenden Folgen für die nächsten Jahrzehnte der kurzfristigen politischen Rendite wegen getroffen werden; denn klar ist: Die Steuergeschenke von heute sind die Steuermehrbelastungen von morgen.

Die Steuergeschenke für finanzstarke Unternehmer und Besserverdienende werden von den Schwachen und den Armen, auch hier in Bayern, bezahlt.

Das wird der Fall sein, Herr Ministerpräsident, wenn der eiserne Sparkurs Realität wird, den Sie hier heute noch einmal angekündigt haben, nachdem Sie das bereits in der vergangenen Woche dem "Münchner Merkur" erzählt haben. Klar ist: Die Menschen in Bayern werden die schwarz-gelbe Steuerpolitik in allen öffentlichen Bereichen zu spüren bekommen. Die Sanierung von Toiletten, Werkräumen und Turnhallen an bayerischen Schulen wird auf sich warten lassen. Mehr Polizisten auf Bayerns Straßen für mehr Sicherheit bleiben ein Wunschtraum. Die versprochene 40-Stunden-Woche für Beamte - woher soll dafür eigentlich das Geld kommen? Woher kommt das Geld für eine bessere Ausstattung der Hochschulen, die wir uns wünschen würden? Für die Justiz hatten Sie nicht einmal Geld, als es noch da war.

Wo Sie die Einsparungen vornehmen wollen, Herr Ministerpräsident, haben Sie uns heute verschwiegen. - Kein Wort dazu. Sie sprechen von einem eisernen Sparkurs, aber kein Wort dazu, ob es Einschnitte im Sozialhaushalt geben wird.

## Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag: Tricksen, Tarnen und Täuschen

Der Koalitionsvertrag hat keine große Leitüberschrift und keinen roten Faden, allenfalls rote Zahlen. Die Autoren waren vor allem mit Tricksen, Tarnen und Täuschen beschäftigt, mit dem Verschleiern von Ungereimtheiten und Schattenhaushalten. Probleme werden in unzähligen Prüf- und Evaluierungskommissionen auf die lange Bank geschoben: die Systemfrage in der Gesundheit, die Betreuungsorganisation von Langzeitarbeitslosen.

Doch Ihre Vernebelungsstrategien werden nichts nützen; denn sehr schnell werden die Menschen merken, "mehr Netto für alle" findet nicht statt.

Der überwiegende Teil der Bürgerinnen und Bürger wird von den vermeintlichen Erleichterungen nichts spüren. Ein Drittel der Beschäftigten hat von den Steuersenkungen nichts; denn ein

Drittel zahlt wegen des niedrigen Bruttoverdienstes ohnehin keine Steuern. Höhere Sozialversicherungsbeiträge sind programmiert. Der Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung wird eingefroren. Die Beschäftigten zahlen also alle künftigen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen für den medizinisch-technischen Fortschritt selbst. Der Aufbau einer kapitalgedeckten Pflegeversicherung geht voll zulasten der Beschäftigten. Das bedeutet am Ende nicht mehr, sondern weniger Netto.

Der Einstieg in die Kopfprämie ist der Anfang vom Ende der Solidarität im Gesundheitswesen. Der Vorstandsvorsitzende - und das ist das, was Sie wollen - zahlt dann genauso viel wie die Sekretärin. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird damit aufgekündigt. Die Jungen für die Alten, die Gesunden für die Kranken und die Stärkeren für die Schwachen, dieses System soll ersetzt werden - das ist Ihr Ziel - durch das Prinzip: Jeder ist für sich selbst verantwortlich.

**Wenn es darum geht, Menschen in Notlagen zu helfen,  
hat die schwarz-gelbe Koalition keine Antworten**

Im Koalitionsvertrag findet sich kein einziger Absatz zur wirksamen Armutsbekämpfung. Es steht zu befürchten, dass die Schere zwischen Arm und Reich gerade in Bayern weiter auseinandergehen wird.

Die von den Sozialdemokraten erkämpften Mindestlöhne stehen auf dem Prüfstand. Sie sollen bis Oktober 2011 evaluiert werden. Es besteht die Gefahr, dass weitere Lohnuntergrenzen, wie wir sie beispielsweise in der Leiharbeit bräuchten, überhaupt nicht zustande kommen und dass sogar bestehende Mindestlöhne zurückgenommen werden. Ihre Antwort, verehrte Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP, auf die prekäre Beschäftigung lautet: Wir erhöhen die Verunsicherung der Menschen. Immer mehr Menschen haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. 42% der Erwerbstätigen geben in der jüngsten Umfrage des ARD-Deutschlandtrends an, sich Sorgen um ihren Job zu machen - ein neuer Höchstwert seit Beginn der Wirtschaftskrise. Ihre Antwort darauf: die Ausweitung von Minijobs und Leiharbeit sowie die Verlängerung der Befristungsschleife bei Arbeitsverhältnissen. Das angekündigte Verbot sittenwidriger Löhne bedeutet ganz konkret, dass Stundenlöhne von vier Euro akzeptiert werden. Meine Damen und Herren, es wird deutlich: Wenn es darum geht, Menschen in Notlagen zu helfen, hat die Koalition keine Antwort.

Weil Sie das Thema angesprochen haben, Herr Ministerpräsident, sage ich ausdrücklich: Wir begrüßen, dass das Schonvermögen für Altersrückstellungen beim Arbeitslosengeld II auf 750 Euro pro Lebensjahr angehoben wird, auch wenn dies nur einer sehr kleinen Bevölkerungsgruppe zugute kommt und den Verdacht der Symbolpolitik nahelegt. Es ist aber schon ein gewisses Maß an Heuchelei - ich wollte heute eigentlich brav sein -; denn Sie wissen doch, dass es der sozial-demokratische Arbeitsminister Olaf Scholz war, der noch im Sommer gesagt hat, wir wollen auf das Schonvermögen verzichten. Damals hat die CSU gemeinsam mit der CDU gesagt, nein, da machen wir nicht mit. Wenn Sie uns das jetzt vorhalten wollen, ist dies nichts anderes als Heuchelei, aber wir begrüßen, dass Sie Ihre Position verändert haben. Ich sage Ihnen, es wäre besser gewesen, wenn Sie den Hartz-IV-Regelsatz auf das Niveau, das die Wohlfahrtsverbände vorgeschlagen haben, erhöht hätten. Dass Sie hierfür noch nicht einmal eine Prüfung vorgesehen haben - und an Prüfungen mangelt es sonst im Koalitionsvertrag nicht -, dass Sie das trotz der Signale des Bundesverfassungsgerichtes nicht vorsehen, zeigt auch, dass Ihnen an der Besserstellung von Hartz-IV-Empfängern in Wahrheit überhaupt nichts gelegen ist.

So ist auch die geplante Pauschalierung von Miet- und Unterkunftskosten für Arbeitslosengeld-II-Empfänger als eine angekündigte Leistungskürzung zu verstehen.

Klar ist auch, Familien mit Transfereinkommen haben von der angekündigten Kindergelderhöhung von 20 Euro nichts - sie wird nämlich auf die Leistungen angerechnet - und nur Familien mit hohem Einkommen profitieren von der Anhebung des Kinderfreibetrags.

Kein Wort dazu, auch heute in Ihrer Regierungserklärung nicht, wie Sie die Kinderarmut in Deutschland und in Bayern wirksam bekämpfen wollen. 1,7 Millionen Kinder leben in Deutschland in Hartz-IV-Familien. In der Bundesrepublik landet das Geld, das für Familien und Kinder ausgegeben wird, jedoch nicht bei den Bedürftigen. Zu diesem Ergebnis kommt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - OECD. Obwohl die Deutschen drei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Familienförderung ausgeben, leben mehr Kinder in Armut als in den meisten anderen OECD-Staaten. Die OECD beklagt vor diesem Hintergrund auch die Effekte des geplanten Betreuungsgeldes als - ich zitiere - desaströs. Ich teile diese Auffassung. Das Geld wäre besser in Kinderkrippen investiert als in den Konsum von Familien, ganz gleich ob man damit den Konsum von Dosenbier oder den von biologischen Feinkostartikeln meint. Der Ausbau von Kinderkrippen hilft Alleinerziehenden, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Er gibt Kindern Chancen, die es von Haus aus schwerer haben.

**Wir brauchen die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und Beseitigung der Bildungsbarrieren.**

Schein und Sein - das wird in allen Teilen des Koalitionsvertrages sichtbar, und auch in Ihrer Regierungserklärung ist das heute erkennbar geworden. Das gilt auch für den Bereich der Bildung. Sie definieren ein ambitioniertes Ziel, nämlich dass zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung auszugeben seien. - Wunderbar. Nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung müssten Bund und Länder hierfür rund 32,3 Milliarden Euro zusätzlich investieren. Doch die Länderfinanzminister - so liest man jetzt - sehen überhaupt keinen Handlungsbedarf; denn das Zehn-Prozent-Ziel ist bereits erreicht, wie es heißt. Das ist nur eine Frage der Berechnung. Kurzerhand werden in die zehn Prozent fachfremde Leistungen wie zum Beispiel das Kindergeld oder Pensionen für Lehrer und Professoren mit eingerechnet. Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes als ein dreister Etikettenschwindel.

Oder um es auf den Punkt zu bringen: Wer Ruhestandsgelder für auf Gran Canaria urlaubende Lehrerinnen als Bildungsinvestition in die Zukunft unserer Kinder vermarktet, der verkauft die Menschen schlicht für dumm.

Eine Nebelkerze sind auch Ihre Ausführungen, Herr Ministerpräsident, was den zügigen Ausbau der Ganztagschulen in Bayern angeht. Sie stellen nicht ausreichend pädagogisches Personal bereit und halten die Ausbauquote niedrig. Bayern ist nach dem Bildungsmonitor 2009 der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft bei der ganztägigen Bildung und Betreuung Schlusslicht unter allen deutschen Ländern. Bei den Ganztagschulen im Bereich der Grundschulen landet Bayern auf dem vorletzten Platz. Ganztagsbetrieb gibt es lediglich an 150 von 2300 Grundschulen in Bayern. Das entspricht einer Quote von 6,5%.

Die gebundenen Ganztagszüge an Gymnasien und Realschulen lassen weiter auf sich warten. Es bleibt bei zehn von 320 Realschulen und zwölf von 400 Gymnasien mit einer gebundenen Ganztagsklasse.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP, Sie finden auf die Probleme der Bildung auch in diesem Koalitionsvertrag keine Antwort.

Gerade in der Bildung liest sich Ihr Koalitionsvertrag wie ein großer Gemischtwarenkatlog: Unterrichtsgarantie, Hochbegabtenförderung, Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern - alles besser und viel mehr davon, doch alle wissen: Die Lieferung bleibt aus.

Schwarz-Gelb setzt auf privates Bildungssparen und Stipendienprogramme. Wir brauchen jedoch ein starkes BAföG und die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Wir brauchen die Beseitigung der Bildungsbarrieren.

**Wir brauchen in Bayern eine aktive Wirtschaftspolitik.**

Herr Ministerpräsident, Sie haben die Folgen der Wirtschaftskrise für Deutschland beschrieben. Ich darf die Folgen für Bayern ergänzen. Das Wirtschaftswachstum brach in Bayern im ersten Halbjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum massiv ein und lag bei minus 6,6 %. Nur in Baden-Württemberg, im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz fiel der

Rückgang noch massiver aus. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auf dem Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosigkeit in Bayern ist in Zeiten der Krise stärker als in anderen Bundesländern angewachsen. Im Oktober 2009 gab es in Bayern fast 298.000 Arbeitslose. Das sind knapp 26 % mehr als im Vorjahr. Nur in Baden-Württemberg fiel der Anstieg der Arbeitslosenzahlen noch höher aus.

Eine dritte Zahl: Wir haben in Bayern im ersten Halbjahr des Jahres 2009 mehr Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen. Der Anstieg beläuft sich auf 19,6 %.

Das Jahr 2009 ist also in der Tat ein schwieriges Jahr für Bayern. Wir wissen, dass der Ministerpräsident in seiner Doppelfunktion auch noch die Aufgabe hatte, für die CSU zwei schwierige Wahlkämpfe zu meistern, nämlich bei der Europawahl und der Bundestagswahl. Wir hätten aber in diesem Jahr auch eine kraftvolle politische Führung gebraucht.

Diese drei Kernziffern machen deutlich: Wir brauchen in Bayern eine aktive Wirtschaftspolitik. Sie ist gegenwärtig notwendiger denn je. Wir brauchen eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, die auch auf neue Technologien setzt. Wir brauchen eine Förderung strukturschwacher Regionen. Vor allem dürfen wir den Nordosten unseres Landes nicht vom ökonomischen Fortschritt abkoppeln. Meine Damen und Herren, wer will denn von gleichwertigen Lebensbedingungen sprechen, wenn zum Beispiel in Bayerisch Eisenstein zwischen 1998 und 2008 fast 26 % der Einwohnerabgewandert sind? In zehn Jahren ist dort ein Viertel der ganzen Bevölkerung abgewandert. In Feldkirchen ist im gleichen Zeitraum die Einwohnerzahl um knapp die Hälfte gestiegen. Meine Damen und Herren, wie kann man hier von einer regionalwirtschaftlichen Ausgewogenheit Ihrer Politik sprechen, auch angesichts der Wirtschaftspolitik einer unverbeserlich marktgläubigen FDP?

**Wir brauchen auch Zukunftsperspektiven für die kommunale Wirtschaft.**

Ich sage: Wir brauchen Zukunftsperspektiven für die kommunale Wirtschaft. Das werden Sie zwar einerseits nicht bestreiten, aber andererseits belasten Sie kommunale Betriebe nun mit dem vollen Mehrwertsteuersatz. Darüber hat der Ministerpräsident heute natürlich geschwiegen. Kein Wort war heute von Ihnen zu den beschlossenen höheren Müll- und Abwassergebühren zu hören, die zu bezahlen sind, wenn Schwarz-Gelb den kommunalen Unternehmen die volle Mehrwertsteuer abverlangt.

Ich sehe darin einen versteckten Angriff auf die kommunale Daseinsvorsorge. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir befürchten, dass der Frontalangriff mit der im Koalitionsvertrag angekündigten Abschaffung der Gewerbesteuer kommen wird. Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth - sie weist bekanntermaßen zur SPD keinerlei Nähe auf - spricht von einer Demontage der kommunalen Selbstverwaltung.

Herr Ministerpräsident, Sie haben ausgeführt, dass Sie bei der Beherbergung einen neuen Steuertatbestand schaffen werden. Das ist eine Sonderbehandlung. Wir werden genau hinsehen, ob damit auch Investitionen in die bayerische Hotellerie verbunden sind, ob sich die Qualität im Tourismus erhöht und ob die Löhne in der Branche steigen werden. Irgendwie passt das aber nicht zusammen. Sie erhöhen die Steuern bei den kommunalen Unternehmen, bei der Beherbergung setzen Sie sie jedoch wieder herunter. Hier die Steuern rauf, dort die Steuern herunter.

Meine Damen und Herren, das ist doch kein stringentes Steuerkonzept.

Auch in der Wirtschaftspolitik gibt es keine klare Linie. Die FDP will keinen Ladenschluss. Bei der CSU weiß man das noch nicht. Ich glaube, sie ist dafür. Herr Zeil will 100 Millionen Euro für sein Haus. Herr Fahrenschon winkt ab. Herr Thalhammer von der FDP will an stillen Feiertagen bis morgens um 3 Uhr tanzen, als hätten wir in Bayern gegenwärtig keine größeren Probleme.

**Wirklich nachhaltig ist nur die Zerstrittenheit in der Koalition in Bayern.**

Meine Damen und Herren, problematisch wird es dann, wenn die Streitereien in der Koalition auf dem Rücken von Unternehmen und Beschäftigten ausgetragen werden. Bei der Frage nach möglichen Staatshilfen für die von der Quelle-Insolvenz hart getroffene Region Nürnberg-Fürth

warfen sich Regierungsmitglieder wochen-lang gegenseitig Inkompetenz, Versäumnisse und Wortbruch vor. Herr Zeil, Sie waren mit der Situation überfordert. Das sind nicht meine Worte. Sie kennen diese Worte. Es war Ihr Kabinettskollege Dr. Markus Söder, der Ihnen dies attestiert hat. Heute ist er nicht da. Der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt hat noch einmal nachgelegt: Frau Leutheusser-Schnarrenberger sollte lieber ihren FDP-Minister Zeil zu mehr Leistung motivieren, damit dieser endlich einmal aus den Pantoffeln komme. Für leistungslose Politik bekomme die FDP von der CSU kein Lob.

Es gibt aber noch einen Dritten, der sich hierzu geäußert hat, nämlich der Ministerpräsident höchstpersönlich. Dieser hat Herrn Zeil ein Zwischenzeugnis ausgestellt: "Professionell ist so etwas nicht." Das war ein wörtliches Zitat. Dieses Zwischenzeugnis ist ernüchternd. Herr Ministerpräsident, ich frage Sie: Sie haben einen Minister, der nicht aus den Pantoffeln kommt und von dem Sie sagen, er sei nicht professionell. Warum haben Sie Herrn Zeil eigentlich nicht entlassen? In anderen Kabinetten heißt es: Der ist unprofessionell. Der muss weg. CSU und FDP werfen sich wechselseitig Wählertäuschung vor. Der Ministerpräsident und sein Stellvertreter halten sich gegenseitig für überfordert und für ihr jeweiliges Amt ungeeignet. Meine Damen und Herren hier im Hohen Hause, ich frage Sie: Wer von den beiden hat eigentlich recht?

"In der Koalition kracht es gewaltig" schrieb die "Augsburger Allgemeine" im August. "Der Feind in meinem Bett" titelte der "Münchener Merkur" am 24. August dieses Jahres. "Schwarzgelbe Koalition streitet wie nie zuvor" schrieb die "Süddeutsche Zeitung". Die "Mittelbayerische Zeitung" hat ebenfalls, wie ich finde, eine sehr schöne Überschrift gefunden: "CSU und FDP pöbeln weiter". Eine weitere Überschrift: "Streit zwischen CSU und FDP verschärft sich - Bayern vor Regierungskrise". Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort Nachhaltigkeit in den letzten Monaten - insbesondere im Wahlkampf - reichlich überstrapaziert. Wirklich nachhaltig ist nur die Zerstrittenheit in Ihrer Koalition.

Auch in Berlin waren die Koalitionsverhandlungen, wie man hört, offenbar schwierig. "Jeder, bloß nicht die Ilse" raunte es auf den Fluren bei den Koalitionsverhandlungen. Es sollte bloß keiner aus der CSU ins Agrarministerium. Das war offensichtlich der Hilferuf der CSU an die Kanzlerin: Nein, wir wollen für die bayerischen Bauern keine Verantwortung übernehmen. Das ist uns alles zu heiß. Bitte nicht mehr die CSU ins Agrarministerium. Die Kanzlerin hat Sie offensichtlich nicht erhört. Die Ratlosigkeit der CSU bleibt im Amt. Ilse Aigner bleibt Agrarministerin.

Herr Ramsauer, dem der Parteichef, Medienberichten zufolge, vor einiger Zeit nicht einmal genug Zugkraft bescheinigen wollte, als Spitzenkandidat für die Bundestagswahl ins Rennen zu gehen, wird nun Verkehrsminister. Er hat auch gleich den ersten Vorschlag zur Finanzierung der Steuergeschenke gemacht, nämlich die Ramsauer-Maut. Das ist der CSU-Straßenzins, der dem Flächenstaat Bayern besonders viel Geld einbringt, der allerdings unökologisch und unsozial ist. Herr Ramsauer hat diesen Vorschlag auch schon einen Tag später wieder zurückgenommen. Er hat sich zu allen möglichen Ladenhütern der deutschen Verkehrspolitik geäußert, allerdings nicht zu den wichtigen Zukunftsfragen

Von Januar bis September 2009 wurden über 550.000 Pkw neu zugelassen, davon nur ganze 17 mit Elektroantrieb. Das wäre ein Thema für Herrn Ramsauer. Darum sollte er sich kümmern. Ich sage: Die Verkehrspolitik des neuen Ministers darf nicht zulasten einer zukunftsorientierten Mobilität, zulasten der Umwelt und zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Transport und der Logistik gehen.

Da gibt es auch noch einen weiteren Minister, nämlich Herrn Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg. Als Verteidigungsminister wird er keine Massekredite mehr vertrödeln können. Wir erwarten aber von ihm eine Strategie, bis wann die Bundeswehr aus Afghanistan abgezogen werden kann.

Die afghanischen Sicherheitskräfte sollten bis 2013 soweit aufgebaut sein, dass die Grundlagen für einen Abzug geschaffen sind. In Wahrheit ist es auch kein Zufall, dass K.T. - so nennt er sich selbst - 5.000 Kilometer weit entfernt von Bayern Politik machen darf. Ich sage: K.T. ist weg und H.S. ist froh. Das ist doch die Wahrheit.

Eines ist auch klar: Die 124 Seiten des Koalitionsvertrags haben auf Horst Seehofer offensichtlich wie ein kleiner Hormonschub gewirkt. Für kurze Zeit war die allgegenwärtige Amtsmüdigkeit des Ministerpräsidenten fast vergessen. Er kündigte an, 2013 noch einmal zwei weitere Verträge mit der FDP unterschreiben zu dürfen oder zu wollen - im Freistaat und im Bund. Das war gleich ein doppelter Schock. Zum einen ist das der Abschied von der absoluten Mehrheit der CSU, und zum anderen ist in die CSU-Mitglieder auch noch ein kleiner Schreck gefahren: Der Ministerpräsident tritt durch die Hintertüre noch einmal als Ministerpräsident an.

**Markus Söder ist ein Umweltminister, der hochgefährlichen Atommüll aufhäuft, so wieder Finanzminister Schulden.**

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass die Politik von Herrn Horst Seehofer auf den schnellen Augenblick ausgerichtet ist. Langfristig angelegt ist offensichtlich seine Karriereplanung. Sonst steht er für das stetige Hecheln nach kurzfristigen politischen Erfolgserlebnissen. Was für Manager der Quartalsbericht ist, sind für ihn Umfragen und Zeitungsmeldungen. Die Kurzfristigkeit des Shareholder Value in der Wirtschaft findet ihre Parallele in der Politik und im Handeln der CSU.

Meine Damen und Herren, die mangelnde Nachhaltigkeit, die ich schon einige Male kritisiert habe, spiegelt sich auch in der Umweltpolitik wieder. Markus Söder, das fränkische Brennelement der CSU - er ist heute leider nicht hier -, ist ein Umweltminister, der von sich sagt, er stehe für die Bewahrung der Schöpfung ein. Gleichzeitig kämpft er aber für die Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken. Jeden Tag entstehen alleine in bayerischen Kernkraftwerken 400 Kilogramm Atommüll aus Brennelementen. Darunter sind vier Kilogramm hoch giftiges Plutonium. Diese Zahlen sollten uns wirklich veranlassen, darüber nachzudenken, ob es Herr Minister Söder wirklich so mit der Nachhaltigkeit seiner Umweltpolitik meint.

Wer die Laufzeit von Atomkraftwerken verlängert, wer den Atomkonsens infrage stellt, wer einen jahrzehntelangen gesellschaftlichen Großkonflikt aufs Neue heraufbeschwört, wer das Endlagerproblem simplifiziert und in Bezug auf Gorleben dogmatisiert, wer die Energiewende behindert, wer Investitionen in erneuerbare Energien erschwert, wer für eine Generation Atomstrom den nächsten 30.000 Generationen der Menschheit mit Atommüll eine schwere Hypothek auferlegt, der hat als Umweltminister jegliche, aber wirklich jegliche Glaubwürdigkeit verspielt, sollte er sie jemals gehabt haben.

Markus Söder ist ein Umweltminister, der hoch gefährlichen Atommüll aufhäuft wie sein Sitznachbar Schulden. Heute sitzen sie allerdings nicht nebeneinander, weil Herr Söder nicht da ist. Diese Regierung verkörpert das Gegenteil von Nachhaltigkeit.

Bleiben wir bei Georg Fahrenschon. Auch er macht Schlagzeilen: Rekordschulden, Milliardenhaushaltsloch hausgemacht. Er gibt widerwillig unbrauchbare Auskünfte zur Landesbankaffäre. Er verbreitet widersprüchliche Meldungen - gestern so, heute ganz anders. Hinzu kommt, dass der Finanzminister den Ministerpräsidenten eigentlich hätte warnen müssen: Halt, bis hierhin und keinen Schritt weiter! Ein bisschen Bernd Weiß hätte Ihnen gut getan, Herr Fahrenschon. Sie sollten auch mal dem Ministerpräsidenten die Stirn zeigen und sagen, nein, das geht nicht mehr, das können wir nicht mehr machen. Sie dürfen das nicht erst dann tun, wenn es schon zu spät ist. Das Ja in Ihrem Amt ist kompliziert.

Wir hätten von Ihnen erwartet, dass Sie regulierende Positionen als Konsequenz aus der Wirtschafts- und Finanzkrise in die schwarz-gelben Papiere mit einfließen lassen. Ganz offensichtlich werden aber die für die Finanzkrise Verantwortlichen nicht an den Folgekosten dieser Krise beteiligt. Es gibt keine Börsenumsatzsteuer und keine Tobin-Steuer. Die Managergehälter werden nicht ernsthaft eingeschränkt. Es gibt keinerlei Instrumente zur Eindämmung der Spekulation. Herr Fahrenschon, dazu hätten wir von Ihnen etwas erwartet. Es kam nichts.

Ich rufe es noch einmal in Erinnerung: Eine solide Finanzpolitik, die Bewahrung der natürlichen Ressourcen, eine wertgebundene soziale Marktwirtschaft. Herr Ministerpräsident, Ihre Politik wird diesen Zielen nicht gerecht, sie läuft Ihnen sogar zuwider.



**Der Koalitionsvertrag ist ein Schuldenvertrag.**

Ich komme nun zum Fazit meiner Ausführungen. Der Koalitionsvertrag atmet die Mentalität der Kanzlerin: Hauptsache, ich regiere. Er atmet den unbedingten Machtwillen eines Guido Westerwelle und die populistische Kurzatmigkeit von Horst Seehofer.

Der Koalitionsvertrag hat keinen zentralen Leitgedanken. Eine Überschriftensammlung aus wohlklingenden Marketingbegriffen ist sicher kein in sich konsistenter Politikentwurf für die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Der Koalitionsvertrag ist ein Schuldenvertrag. Er schafft in weiten Teilen mehr Probleme, als er löst. Die Trends sind erkennbar: Privat vor Staat, Eigensinn vor Solidarität. Die neue Bundesregierung - soviel scheint festzustehen - lässt das soziale Klima in Deutschland und in Bayern kälter werden. Der Koalitionsvertrag ist ein Dokument der vertragten Probleme. Wenn ich nicht mehr weiter weiß, schaffe ich einen Arbeitskreis. Die Probleme werden mit der Zeit jedoch nicht kleiner. Die damit verbundenen Kosten werden gewiss nicht geringer.

**Die SPD steht nicht zur Verfügung für ein Streichkonzert im Sozial- und Bildungshaushalt.**

Wir Sozialdemokraten werden aus einer konstruktiven Opposition heraus die Schwachstellen der schwarz-gelben Politik sowohl im Bund als auch hier im Freistaat aufzeigen. Wir werden uns kraftvoll für eine lückenlose Aufklärung einsetzen, wenn wie etwa bei der Landesbank offensichtlich schwere Fehler gemacht werden. Meine Fraktion wird eigene Konzepte einbringen und dort, wo es sinnvoll und notwendig erscheint, mit der Staatsregierung auch kooperieren. Ich denke an die Gewährleistung schneller und unbürokratischer Hilfen in der Region Nürnberg-Fürth und auch an andere Fragen. Selbstverständlich stehen wir für den Dialog bereit.

Eines werden wir ganz sicher nicht tun: Die SPD steht nicht für ein Streichkonzert im Sozialhaushalt und im Bildungshaushalt zur Verfügung.

Wir sind hier im Hohen Haus das Sprachrohr derer, die auf ihre Probleme und Notlagen nicht immer selbst aufmerksam machen können.

Wir verstehen uns auch in Zukunft als programmatischer Schrittmacher in der bayerischen Bildungspolitik. In der Umweltpolitik werden wir außerparlamentarisch auch jene unterstützen, die gegen die Atomkraft mobil machen.

Zum Abschluss darf ich noch folgendes sagen: Frau Bundeskanzlerin Merkel und der neuen Bundesregierung wünschen wir trotz des Koalitionsvertrags, der unseres Erachtens nicht nur Gutes verspricht, eine glückliche Hand. Es geht um unser Land. Es geht um die Zukunft von Deutschland und es geht um Bayern.